

GASTKOMMENTAR

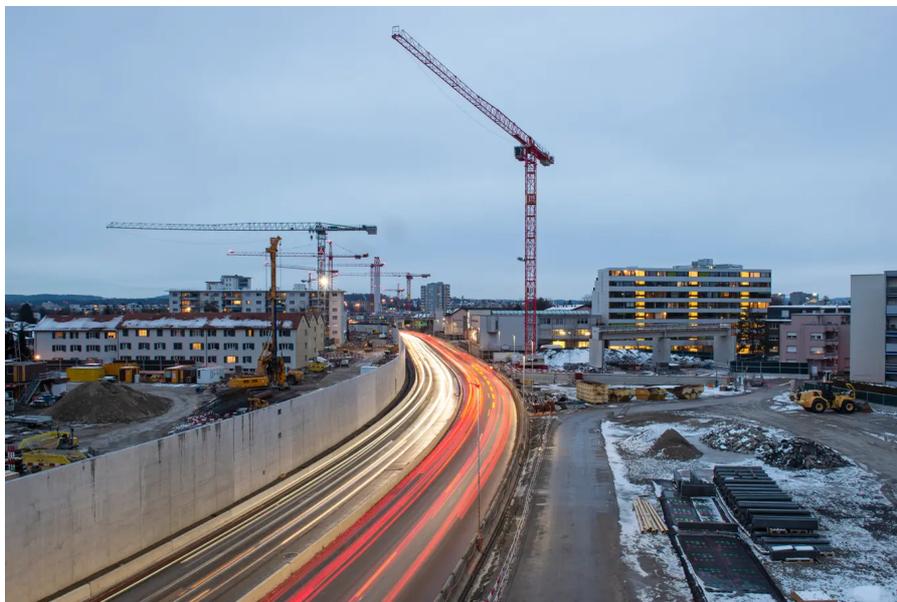
In der Klimakrise müssen wir Klartext reden

Im Vorfeld des Referendums über das CO₂-Gesetz werden Halbwahrheiten verbreitet und Fakten bewusst vernebelt. Das dürfen wir als Wissenschaftler nicht einfach so hinnehmen.

Thomas Stocker

0 Kommentare →

31.05.2021, 11.00 Uhr



Die Schweiz muss viel mehr tun, um ihre CO₂-Emissionen bis 2030 zu halbieren.

Dali Tanner / NZZ

Als Klimaforscher wurde ich schon oft zurechtgewiesen, wenn ich mich über die notwendigen Schritte zur Abwendung der Klimakrise öffentlich geäußert hatte. Dass dies selbst nach dem Pariser Abkommen immer noch vorkommt, wundert mich sehr. In Paris haben sich nämlich die politischen Entscheidungsträger nach jahrzehntelangen Verhandlungen darauf geeinigt, klare Ziele zum Klimaschutz zu definieren.

Das Pariser Abkommen stützt sich auf einen formalen Beurteilungsprozess der wissenschaftlichen Erkenntnisse über den menschengemachten Klimawandel und die ungebremst fortschreitende Klimakrise. Die Wissenschaft sagt, was zur Erreichung dieses gesellschaftlich-politisch vereinbarten Ziels zu tun ist: Die Emissionen aus der Verbrennung von Kohle, Öl, und Erdgas müssen bis 2050 auf netto null gesenkt werden. Dabei gilt: Klimaschutz ist günstiger als die Beseitigung von Klimaschäden. Als Wissenschaftler sind wir verpflichtet, diese Informationen zu teilen, besonders wenn Falschinformationen und

Vernebelungen im Vorfeld der Abstimmung vom 13. Juni prominent verbreitet werden.

Negierung von Fakten

«Die Schweiz ist vorbildlich unterwegs», so heisst die Kernaussage von Avenergy, vormals Erdölvereinigung, die das Referendum zum CO₂-Gesetz ergriffen hat und an vorderster Front zusammen mit der SVP, Swissoil und verschiedenen Autoverbänden mit Flyern, Inseraten und Auftritten in den Medien und im Web die Öffentlichkeit beeinflusst. Und aus diesem Grund sollen wir «vernünftig bleiben», wie eine Webseite verkündet, und das vorliegende CO₂-Gesetz ablehnen.

Mit Fakten haben solche Aussagen nichts zu tun, sondern sie reihen sich ein in die systematische Verbreitung von Unwahrheiten, die seit Jahrzehnten anhält und bisher den Klimaschutz konsequent torpediert hat. Fakt ist, dass die Schweiz ihre CO₂-Emissionen im Inland von 1990 bis 2018 um 7,3 Millionen Tonnen CO₂ gesenkt hat (minus 16 Prozent). Das ist gut, aber 16 Prozent innerhalb von 28 Jahren ist völlig ungenügend.

Würde es nämlich bei diesem Schneckentempo bleiben, so hätten wir unsere Inlandemissionen bis im Jahr 2050 gerade einmal um 33 Prozent reduziert anstatt auf null. Völlig ausgeblendet wird ein weiterer Fakt, der die Erhitzung antreibt und für den wir ebenfalls direkt verantwortlich sind: Durch unseren Konsum von Gütern aus dem Ausland sind die CO₂-Emissionen im gleichen Zeitraum um über 40 Millionen Tonnen (eine Verdoppelung) angestiegen. Und es sind die Gesamtemissionen von CO₂, sowohl die im Inland wie auch die von uns verursachten im Ausland, die für die globale Klimakrise verantwortlich sind. Die Zahlen stammen aus den neusten Daten des internationalen Wissenschaftsnetzwerks Global Carbon Project.

Insgesamt emittiert die Schweiz also 41 Prozent mehr CO₂ als noch 1990. Wir sind in keiner Weise «vorbildlich unterwegs», im Gegenteil: Dänemark minus 17 Prozent, Schweden minus 17 Prozent im gleichen Zeitraum, um nur zwei der im Klimaschutz führenden Länder Europas zu nennen. Die Schweiz ist trotz ihrer eigentlich hervorragenden Ausgangslage (Geld, Technologie und Köpfe) im Klimaschutz schon lange überholt worden und liegt nun auf den hintersten Rängen. Sollen wir da im Ernst «vernünftig bleiben»?

Der lange Weg nach Paris

Dass Interessenverbände im politischen Prozess den Fakten wenig bis gar nicht verpflichtet sind, ist hinlänglich bekannt. Das Wissen wäre vorhanden, wie ein Blick in die Vergangenheit zeigt: Das American Petroleum Institute schrieb bereits 1968, dass der Anstieg von CO₂ in der Atmosphäre durch die Verbrennung von Kohle und Öl verursacht sei und dass dies zu einem Anstieg der

Temperaturen, zum Schmelzen von Eiskappen und zu einem Anstieg des Meeresspiegels führen könnte.

Ein Wissenschaftler der Forschungsabteilung von Exxon Mobile schrieb 1978: «Nach heutigem Stand des Wissens haben wir 5 bis 10 Jahre Zeit, bevor harte Entscheidungen betreffend Änderungen der Energiestrategie kritisch notwendig werden.» Im selben Jahr publizierten meine Vorgänger an der Universität Bern, Uli Siegenthaler und Hans Oeschger, im Wissenschaftsmagazin «Science» detaillierte Berechnungen zum menschengemachten CO₂-Anstieg in der Atmosphäre und zur Verteilung dieser Emissionen in der Biosphäre und im Ozean. Sie hielten fest, dass «eine maximal erlaubte Grenze für CO₂ gefunden würde, die nicht überschritten werden sollte, falls die atmosphärische Strahlungsbilanz (also die Temperatur der Erdoberfläche) nicht in gefährlicher Weise gestört werden soll».

16 Jahre später tritt die UNO-Rahmenkonvention über den Klimawandel in Kraft, die in ihrem Artikel 2 verlangt, dass «eine gefährliche menschengemachte Einwirkung auf das Klimasystem» verhindert werden muss. Nach weiteren 21 Jahren einigen sich alle Länder im Konsens auf die «maximal erlaubte Grenze»: Das historische Pariser Abkommen legt fest, dass die Erwärmung gegenüber vorindustrieller Zeit deutlich unter 2 Grad Celsius gehalten werden soll. Sie verpflichtet die Länder, Schritte zu unternehmen, die Treibhausgasemissionen zu senken und alle fünf Jahre neue, schärfere Ziele zu fassen und umzusetzen.

Die Arbeit von Tausenden von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftern im Rahmen des Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) hat die robuste Basis für Paris gelegt. Ohne Kommunikation der wissenschaftlichen Erkenntnisse über das Klima und die gefährlichen Auswirkungen, wenn die Klimaziele von Paris verpasst werden, wären wir der Ignoranz und den Halbwahrheiten von mächtigen Interessengruppen ausgesetzt. Die kostspieligen und tragischen Konsequenzen haben wir während der Corona-Pandemie in denjenigen Ländern vorgeführt bekommen, wo die Wissenschaft nicht gehört oder zurückgebunden wurde. Genau aus diesem Grund spricht die Schweizer Wissenschaft weiterhin Klartext zur bevorstehenden Abstimmung über das CO₂-Gesetz vom 13. Juni.

Zum Klartext gehört auch die Feststellung, dass wir in einigen Sektoren, zum Beispiel bei der Gebäudeheizung oder speziellen Industrien, eine deutliche Reduktion unserer CO₂-Emissionen erreicht haben und auf Kurs sind. Das stimmt zuversichtlich, aber es reicht leider bei weitem nicht. Aus diesem Grund benötigen wir Rahmenbedingungen, die uns erlauben, den Verpflichtungen, die wir international eingegangen sind, auch nachzukommen.

Freiwilligkeit reicht nicht

Freiwilligkeit, so wünschenswert sie ist, scheitert an solchen Aufgaben. Umweltprobleme sowohl nationaler und erst recht globaler Dimension sind

noch nie durch Freiwilligkeit gelöst worden: Beispiele sind die Gewässer-
verschmutzung der 1960er Jahre in der Schweiz, die Schwefel- und Bleibelastung
in der Luft in den 1980er Jahren oder die Ozonproblematik in den 1990er Jahren.
Hier gilt wie im Alltag: Nur wenige halten sich freiwillig an Verkehrsregeln,
niemand zahlt ungefragt Steuern. Ein Steuerzahler hat noch nie einen
Steuerhinterzieher davon überzeugt, Steuern zu bezahlen. Regelwerke sind also
notwendige Übel, um ein gemeinsames Ziel zu erreichen, das für den Einzelnen
anderweitig nicht zu bewältigen ist, das aber essenziell zu erreichen ist.

Das Ziel ist vorgegeben: Gemäss Paris müssen wir die Inlandemissionen
innerhalb der kommenden neun Jahre um weitere 34 Prozent senken, damit wir
2030 die versprochene Reduktion von 50 Prozent erreichen, also jedes Jahr
knapp 4 Prozent weniger Emissionen. Ohne einen gesetzlichen Rahmen und
ohne Anreize ist das nicht zu schaffen, da wir seit dem ersten internationalen
Übereinkommen zum Klimaschutz, dem Kyoto-Protokoll von 1995, bereits sehr
viel Zeit verloren haben.

Das vorliegende CO₂-Gesetz bildet diesen Rahmen, der nicht völlig neu ist,
sondern auf dem bestehenden CO₂-Gesetz aufbaut, das aus der Zeit vor Paris
stammt. Es ist das Resultat eines ausführlichen politischen Prozesses, in
welchem nach Mehrheiten gerungen wurde und in dem auch Mehrheiten
gefunden wurden – über die Parteigrenzen hinweg. Es ist ebenfalls Teil unserer
einzigartigen politischen Kultur, dass das parlamentarische Resultat noch
einmal auf den finalen Prüfstand kommt, geschuldet dem wichtigen Instrument
des Referendums. Das wird am 13. Juni der Fall sein, wenn wir über das CO₂-
Gesetz abstimmen werden.

Wir stimmen darüber ab, ob die Schweiz als eines der reichsten Länder dieses
Planeten bereit ist, mit Innovation und klugen Rahmenbedingungen einen
ersten Schritt in die Richtung eines pragmatischen und ehrlichen Klimaschutzes
zu tun. Das CO₂-Gesetz stellt die Weichen richtig, so dass die Schweiz nicht
international auf das Abstellgleis fährt und nicht nur als Klimasünder
angeprangert würde, sondern sogar selbstbestimmt den Anschluss zur grünen
Technologie und Innovation vollends verpassen würde.

Wir wissen, dass die Klimakrise ein sehr viel ehrgeizigeres Gesetz erfordert, ein
Gesetz, das beispielsweise unseren gesamten CO₂-Fussabdruck, Inland- und
Auslandemissionen und auch die Methanemissionen einschliesst. Aber wir
befinden uns im klassischen Dilemma zwischen wissenschaftlicher
Notwendigkeit und politischer Machbarkeit. Auf jeden Fall ist das vorliegende
Gesetz ein erster wichtiger Schritt. Das Pariser Abkommen, das die Schweiz
ratifiziert hat, sorgt dafür, dass alle Länder im Rhythmus von fünf Jahren den
Stand ihrer Anstrengungen beurteilen. Das heisst, es ist bereits heute klar, dass
das CO₂-Gesetz der Schweiz ein dynamisches sein muss, das in den kommenden
Jahren nach 2030 Anpassungen erfahren wird.

Das vorliegende Gesetz schlägt wichtige Pflöcke ein. Es tut dies nicht mit Verboten, sondern mit vielfältigen Anreizen. Einer der wichtigsten Anreize ist der Klimafonds, der durch moderate Lenkungsbeiträge auf CO₂-Emissionen gespeist wird. Alle Beiträge kommen direkt oder indirekt der Bevölkerung zugute, einerseits durch die Unterstützung der Innovation in unserem Land, sprich: die Erneuerung unserer wertvollen Infrastruktur und die Schaffung künftiger Arbeitsplätze, andererseits als direkte Rückzahlung in das individuelle Portemonnaie. Wer mit geringem CO₂-Fussabdruck unterwegs ist, bekommt netto heraus; wer seinen Beitrag zur CO₂-Reduktion nicht leistet, tut auch Gutes, indem er Klimaschutz mit seinem Lenkungsbeitrag ermöglicht.

Wenn neue Geldtöpfe eröffnet werden, kommen regelmässig Unkenrufe betreffend die Gouvernanz und die Effektivität solcher Instrumente. Diese sind nicht begründet. Wer, wenn nicht die Schweiz, soll denn in der Lage sein, einen solchen Fonds zielführend und transparent zu führen? Wir haben darin Erfahrung, beispielsweise mit dem äusserst beliebten Gebäudeprogramm zur energetischen Sanierung des Bundes und der Kantone.

Jede Tonne CO₂ zählt

Und am Schluss kommt noch das vielbemühte «Argument» der kleinen Schweiz. Unser Anteil an CO₂-Emissionen beträgt gerade einmal ein Promille des weltweiten Ausstosses. Das ist zwar ein Fakt, aber für den Klimaschutz ist dieses Argument irrelevant, denn jede Tonne CO₂ zählt, ob sie nun von China oder von San Marino in die Atmosphäre geblasen wird. Und ich überlege: Mein jährlicher Beitrag an das Steueraufkommen des Kantons Bern beträgt gerade einmal 0,01 Promille. Wieso soll ich das bezahlen, das ist doch einzig ein Tropfen auf den heissen Stein!

Die Alternative – die Ablehnung des vorliegenden CO₂-Gesetzes und das Warten auf ein stringenteres – wird die Schweizer Klimapolitik erfahrungsgemäss um viele Jahre verzögern. Das kann und darf sich die Schweiz nicht leisten, wenn sie sich nicht völlig unglaubwürdig machen und die sich aus dem Klimaschutz ergebenden wirtschaftlichen Chancen anderen Ländern überlassen will.

Thomas Stocker ist Klima- und Umweltphysiker an der Universität Bern. Von 2008 bis 2015 war er Co-Vorsitzender von einer der drei Arbeitsgruppen des Weltklimarats IPCC.

0 Kommentare

Alle Kommentare anzeigen

Mehr zum Thema

[Klimapolitik](#) [Klimawandel](#)